

Paulskirche und Haus der Demokratie

Empfehlungen der Expertenkommission

April 2023



Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Vorschläge der Expertenkommission	6
3. Ziele	7
4. Einzigartiger Demokratieort – die Paulskirche in Frankfurt am Main	9
5. Paulskirche und Haus der Demokratie – eine Einheit	11
6. Paulskirche – Ort der Repräsentation und Information	13
7. Haus der Demokratie – Ort der Diskussion und Partizipation	17
8. Virtueller Raum – Vernetzung und Erweiterung	20
9. Organisationsform	21
10. Finanzielle und personelle Ausstattung	22
Anlage: Arbeitsauftrag und Rahmenbedingungen der Expertenkommission Paulskirche (Eckpunktepapier)	24

1. Einleitung

Die Expertenkommission Paulskirche wurde im Sommer 2021 gemeinsam von der Stadt Frankfurt am Main, dem Land Hessen und der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, berufen.

Eine Grundlage für die Expertenkommission war ein zwischen diesen abgestimmtes Eckpunktepapier (Anlage). Es formulierte das Ziel, die notwendige bauliche Sanierung des Gebäudes als Gelegenheit zu nutzen, um die Paulskirche zu einem zeitgemäßen Erinnerungs-, Gedenk- und Lernort weiterzuentwickeln, ihre erinnerungskulturelle Bedeutung zu stärken und ihr in unmittelbarer Nähe ein Haus der Demokratie zur Seite zu stellen. Dafür sollte die Expertenkommission zum 175. Jahrestag von 1848er-Revolution und Nationalversammlung im Frühjahr 2023 ein inhaltlich-fachliches sowie museal-didaktisches Gesamtkonzept mit konkreten Umsetzungsvorschlägen vorlegen. Dabei galt es, Fragen historisch-politischer Bildung und musealer Gestaltung ebenso zu berücksichtigen wie denkmalpflegerische und architektonische Aspekte.

Die Stadt Frankfurt, das Land Hessen und die Bundesrepublik Deutschland haben sich bereit erklärt, bei der Sanierung und Erneuerung der Paulskirche sowie der Gründung eines Hauses der Demokratie zusammenzuwirken. Eigentümerin der Paulskirche ist die Stadt Frankfurt am Main. Der Deutsche Bundestag hat im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens zum Bundeshaushalt 2020 für geplante investive Maßnahmen im Zusammenhang mit der Paulskirche 500.000 Euro etatisiert und eine Verpflichtungsermächtigung bis zu 19 Mio. Euro für die Jahre bis 2024 veranschlagt.

Die Expertenkommission, deren Mitglieder von Stadt, Land und Bund gemeinsam berufen wurden, arbeitete inhaltlich und organisatorisch autonom. Es stand ihr frei, von anderen und früheren Beschlüssen abweichende Vorschläge zu entwickeln. Ein Finanzrahmen war nicht vorgegeben.

Mitglieder der Expertenkommission Paulskirche:

Volker Kauder (Vorsitzender)

1990–2021 Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. Evelyn Brockhoff

Direktorin des Instituts für Stadtgeschichte a. D., Frankfurt am Main

Prof. Dr. Rainer Forst

Professor für Politische Theorie und Philosophie, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Prof. Dr. Dominik Geppert

Professor für Geschichte des 19./20. Jahrhunderts, Universität Potsdam

Prof. Dr. Markus Harzenetter

Präsident des Landesamtes für Denkmalpflege Hessen, Wiesbaden

Prof. Dr. Hans Walter Hütter

Vorsitzender des Präsidiums der Stiftung Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf;
2007–2021 Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Dr. Constanze Itzel

Direktorin des Hauses der Europäischen Geschichte, Brüssel

Dr. Achim Knecht

Stadtdekan und Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Regionalverbandes Frankfurt und Offenbach

Dr. Ulrike Lorenz

Präsidentin der Klassik Stiftung Weimar

Prof. Dr. Susanne Popp

Professorin für Didaktik der Geschichte, Universität Augsburg

Dipl.-Ing. Peter Cachola Schmal

Direktor des Deutschen Architekturmuseums in Frankfurt am Main

Prof. Dr. Mirjam Wenzel

Direktorin des Jüdischen Museums Frankfurt

Die Expertenkommission Paulskirche traf sich erstmals am 13. September 2021 im Ludwig-Landmann-Saal des Rathauses Römer. Insgesamt beriet sie sich bei neun Sitzungen in Frankfurt am Main.

Unterstützt wurde die Expertenkommission durch zwei wissenschaftliche Referenten: Dr. Felix Trautmann (Institut für Sozialforschung, Frankfurt) und Dr. Benedikt Wintgens (Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Berlin).

Das Gebäude der Paulskirche weist derzeit zahlreiche bauliche und funktionale Defizite auf. Am Anfang der Beratungen stand daher eine Bestandsaufnahme zum Zustand der Paulskirche. Die Leiterin der Stabsstelle Paulskirche bei der Stadt Frankfurt am Main, Andrea Lotz-Bauscher, informierte unter anderem über die bestehenden Mängel bei Brandschutz, Barrierefreiheit sowie Haustechnik. Darüber hinaus zog die Expertenkommission punktuell weitere externe Fachleute zu Rate:

- Dipl.-Ing. Claudia Meixner und Dipl.-Ing. Florian Schlüter vom Architekturbüro Meixner Schlüter Wendt erläuterten eine Machbarkeitsstudie zum Demokratiezentrum im Umfeld der Paulskirche;
- Prof. Sebastian Oschatz von der Agentur MESO Digital Interiors präsentierte Möglichkeiten der Raumnutzung mithilfe digitaler Medien;
- Aat Vos vom Atelier inclui entwarf Szenarien attraktiver, kommunikationsfördernder Raumgestaltung;
- Prof. Dipl.-Ing. Lars Uwe Bleher vom Atelier Markgraph erörterte digitale und analoge Gestaltungskonzepte;
- Prof. Dr. Nicole Deitelhoff stellte die Konzeptstudie des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung zum Demokratiezentrum vor und gab eine Einschätzung zu den Ergebnissen des Beteiligungsverfahrens der Stadt Frankfurt am Main.

2. Vorschläge der Expertenkommission

- Schaffung eines Ortes mit internationaler Strahlkraft zur Reflexion über Demokratie in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft
- Herstellung einer konzeptionellen und räumlichen Einheit von Paulskirche und einem neu zu errichtenden Haus der Demokratie
- Modernisierung der Paulskirche auf Basis der seit 1948 überlieferten Substanz
- Ablehnung materieller Rekonstruktion älterer Bauabschnitte der Paulskirche
- Präsentation der politischen Bedeutung der Paulskirche und ihres historischen Kontexts in zeitgemäßen und zielgruppengerechten Ausstellungen und anderen Formaten in Paulskirche, Haus der Demokratie und online
- Umgestaltung des Großen Saals der Paulskirche für flexiblere Nutzungen für Veranstaltungen und Vermittlungsangebote der historisch-politischen Bildung
- Neubau eines Hauses der Demokratie auf einer Teilfläche des Paulsplatzes für zusätzliche Veranstaltungs- und Vermittlungsformate, politische Diskussionen und gesellschaftliche Partizipation sowie zur Präsentation der Wirkungsgeschichte der Nationalversammlung mit ihren europäischen, globalen und aktuellen Bezügen
- Erweiterung von Paulskirche und Haus der Demokratie im virtuellen Raum durch die integrale Einbindung digitaler Medien in Ausstellungen und Programmen
- Vernetzung mit Museen und thematisch-inhaltlich verwandten Institutionen auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene
- Durchführung eines internationalen Realisierungswettbewerbs zum Neubau des Hauses der Demokratie, zu seiner Verbindung mit der Paulskirche und der Öffnung in den städtischen Raum
- Durchführung eines Wettbewerbs für die inhaltliche und räumliche Neugestaltung der Dauerausstellung in der Wandelhalle im Sockelgeschoss und die Erweiterung im Haus der Demokratie
- Durchführung eines eingeladenen Kunstwettbewerbs im öffentlichen Raum zum Thema „Zukunft der Demokratie“
- Gründung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung in Trägerschaft von Stadt, Land und Bund

3. Ziele

Das übergreifende Ziel, dem alle Empfehlungen der Expertenkommission folgen, ist die Stärkung und weitere Profilierung des einzigartigen historischen Ortes Paulskirche. Von hier aus soll die Reflexion über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Demokratie ermöglicht werden, die mit der Geschichte von Nationalversammlung und 1848er-Revolution verbunden ist und zugleich aktuelle, neue Auseinandersetzungen eröffnet.

Demokratie wird verstanden als politisch-institutionelle Ordnung, als Lebensform und als Versprechen. In diesem Sinne sollen die Besucherinnen und Besucher in der Paulskirche und im Haus der Demokratie zur historisch-kritischen Beschäftigung mit der Geschichte angeregt und politische Teilhabe gestärkt werden. Zu vermitteln sind neben der Geschichte der deutschen Demokratie und des Parlamentarismus, der sich 1848/49 in der Paulskirche auf nationaler Ebene erstmals – wenn auch nur für kurze Zeit – entfaltet hat, insbesondere die Bedeutung der Grundrechte, der Presse- und Meinungsfreiheit, des Mehrheitsprinzips und des Schutzes von Minderheiten. Zudem sollen die Ereignisse der Nationalversammlung im Kontext der europäischen und internationalen Geschichte betrachtet werden.

Zugleich empfiehlt die Expertenkommission, am historischen Ort der Nationalversammlung auch das Nachdenken und den Austausch über Widersprüche und Krisenerscheinungen der Demokratie sowie über Fragen einer sich verändernden, pluralen und diversen Öffentlichkeit zu ermöglichen. Mit dem Haus der Demokratie soll in direkter Verbindung zur Paulskirche ein neuer Ort für Diskussionen und Partizipation im Zentrum Frankfurts entstehen. Dafür hält die Exper-

tenkommission einen Neubau in unmittelbarer Nähe zur Paulskirche für unabdingbar und empfiehlt eine offene, einladende Einbindung des Hauses der Demokratie in den öffentlichen Raum. Eine nicht zuletzt medial komplexe Gegenwart macht es zudem erforderlich, die Paulskirche anhand der politischen Herausforderungen des digitalen Zeitalters erfahrbar zu machen.

Die Expertenkommission erkennt in der Sanierung der Paulskirche sowie im geplanten Haus der Demokratie die Chance, das Bewusstsein für die Bedeutung der Paulskirche zu schärfen und den historischen Ort für die Fragen kommender Generationen zu öffnen. Um diese Ziele zu erreichen, soll nach Überzeugung der Expertenkommission die durch den Wiederaufbau geschaffene und seit 1948 überlieferte Gestalt der Paulskirche zeitgemäß und unter Beachtung des Denkmalschutzes fortentwickelt werden, damit sie möglichst viele Besucherinnen und Besucher erreicht.

Die Angebote in Paulskirche, Haus der Demokratie und online richten sich an alle Menschen unabhängig von Kriterien wie Herkunft, Bildung, sozialer Gruppe oder kultureller Zugehörigkeit. Sie adressieren Kinder und Jugendliche ebenso wie Erwachsene aller Altersgruppen. Besonders berücksichtigt wird, dass die Stadt Frankfurt und die Rhein-Main-Region durch Migration und Internationalität, durch unterschiedliche Herkunftsbiografien sowie globale Verkehrs- und Handelsströme geprägt sind. Paulskirche und Haus der Demokratie sollen zu einem zentralen Ort werden, an dem das demokratische Zusammenleben diskutiert und verhandelt werden kann. Von herausragender Bedeutung ist dabei der niedrigschwellige Zugang sowohl zu den Gebäuden als auch zu den Veranstaltungen und Ausstellungen.

Alle Veranstaltungen und Formate, sowohl in der Paulskirche als auch im Haus der Demokratie, können je nach Thema, Anlass und Inhalt zielgruppengerecht ausgestaltet werden. Differenzierte Angebote sollen möglichst viele unterschiedliche Zielgruppen erreichen und deren jeweilige Bedürfnisse berücksichtigen. Insbesondere die Programme im Haus der Demokratie können partizipativ mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern erarbeitet werden. Hinzu kommt die gezielte Einbindung von Multiplikatoren.

Die Expertenkommission bekennt sich ausdrücklich zu dem Anspruch, dass niemand von der demokratischen Mitwirkung ausgeschlossen oder übersehen werden darf, insbesondere nicht die Gruppen, die in Politik und Gesellschaft unterrepräsentiert bzw. marginalisiert sind. Daher wird es zu den Aufgaben der zukünftigen Programmplanung gehören, zeitgemäße Angebote für dann relevante Herausforderungen zu formulieren, Zusammensetzung und Bedürfnisse des Publikums zu analysieren und Zielgruppen aktivierend anzusprechen durch regelmäßige Evaluation, Aktualisierung der Programme und Maßnahmen des Outreach.

4. Einzigartiger Demokratieort – die Paulskirche in Frankfurt am Main

Die Paulskirche in Frankfurt am Main ist ein für die Demokratie und Demokratiegeschichte einzigartiger Ort. 1848/49 versammelten sich hier durch Wahlen bestimmte Vertreter des Volkes, um über die freiheitliche Ordnung eines neu zu gründenden Nationalstaats zu verhandeln. In der damaligen evangelischen Hauptkirche der Stadt beriet zunächst das im Zuge der Märzrevolution einberufene Vorparlament die Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung, im Mai 1848 konstituierte sich das erste gesamtdeutsche Parlament. Die Handelsmetropole Frankfurt, seit 1815 Sitz der Bundesversammlung, zuvor jahrhundertlang der Ort, an dem römisch-deutsche Könige und Kaiser gewählt und gekrönt wurden, entwickelte sich zu einem entscheidenden Schauplatz der europäischen Revolution von 1848.

Von Frankfurt aus wurde für Deutschland die Forderung nach der politischen Selbstbestimmung des Volkes erhoben. In der Paulskirche erarbeiteten die Abgeordneten eine Verfassung mit individuellen Grund- und Freiheitsrechten sowie ein nach zeitgenössischen Maßstäben weitreichend demokratisches, aus heutiger Sicht eingeschränktes Wahlrecht. Erstmals auf nationaler Ebene übten sich die Abgeordneten – etwa mit der Bildung von Fraktionen, der Debatte in Plenum und Ausschüssen oder dem Aushandeln von Kompromissen – in einer parlamentarischen Praxis, die von einer aufmerksamen Öffentlichkeit kritisch begleitet wurde.

Die revolutionären Prozesse, auch die kontroversen Verhandlungen innerhalb der Nationalversammlung waren geprägt von politischen Konflikten. Zudem wurden die Beschlüsse der Nationalversammlung von den Regierungen

einiger deutscher Staaten und von reaktionären Akteuren bekämpft. In der Paulskirche selbst rang der monarchisch-konstitutionelle Teil des Parlaments, der auf den Konsens mit den Fürsten setzte und eine nationale Erbmonarchie anstrebte, mit republikanisch-demokratischen Parlamentariern, die das Ideal der Volkssouveränität durch eine breite Partizipation realisieren wollten. Die Paulskirchenverfassung war ein fragiler Kompromiss, der gegen die antirevolutionären Mächte nicht durchgesetzt werden konnte. Der preussische König wies die ihm angetragene Kaiserkrone zurück.

Ein Bestandteil der Verfassung von 1849 war der Paragraph zur Glaubensfreiheit, der bürgerliche und politische Rechte vom religiösen Bekenntnis unabhängig gemacht hätte. Dass die Paulskirchenverfassung nicht in Kraft trat, war daher ein schwerer Rückschlag auch und gerade für Jüdinnen und Juden, die im 19. Jahrhundert in unterschiedlichen Rechtsverhältnissen lebten: teilemanzipiert in Gebieten, die nach 1789 unter französischer Herrschaft gestanden hatten, aber nicht (mehr) voll gleichberechtigt; andernorts weiter vielfältig diskriminiert. Wie sehr die Geschichte der Paulskirche mit der jüdischen Emanzipation und dem Ringen um Freiheit, Gleichheit und demokratische Mitsprache verknüpft ist, repräsentieren die sieben jüdischen Abgeordneten, die im Frühjahr 1848 in die Nationalversammlung gewählt worden waren.

Trotz des Scheiterns der Verfassung zeigte sie später Wirkung. In der Paulskirche wurden Grundsätze formuliert, die für die Weimarer Reichsverfassung und das Bonner Grundgesetz wegweisend waren: Freiheit, Grundrechte, parlamentarische Demokratie. In diesem Sinne bewertete Reichspräsident Friedrich Ebert beim 75. Jahrestag der Konstituierung der Nationalversammlung den Charakter des Unvollendeten positiv, als er vor dem Hintergrund der innen-

und außenpolitischen Rahmenbedingungen der jungen Weimarer Republik die Paulskirche als „Denkstein der Deutschen“ und die Grundrechte als „Ecksteine des deutschen Verfassungsbaus“ bezeichnete: In der Paulskirche könnten aus der Auseinandersetzung mit der Geschichte Handlungsmöglichkeiten für die Gestaltung einer demokratischen Zukunft entstehen.

Insbesondere mit Blick auf das 20. Jahrhundert steht die Paulskirche symbolisch für die von Brüchen und Zäsuren gekennzeichnete politische Geschichte Deutschlands. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Paulskirche bei einem Luftangriff 1944 zerstört. Lediglich die Außenwände und Teile des Glockenturms blieben erhalten und prägten in den ersten Nachkriegsjahren das Bild der Frankfurter Innenstadt. Das Jahr 1948 schließlich markiert den Augenblick des Wiederaufbaus nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Zum 100. Jahrestag der 1848er-Revolution wurde das Gebäude, das seit der Nationalversammlung erneut als Kirche genutzt wurde, in veränderter Gestalt wiederaufgebaut. Dies erfolgte ausdrücklich nicht als Wiederherstellung des Zerstörten, sondern als symbolische Auseinandersetzung mit dem Scheitern der Demokratie 1933 und den Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus.

Damit bekam die Paulskirche eine Gestalt, die für die symbolische Bedeutung des Gebäudes prägend bleibt, und zwar in dreifacher Funktion: Erstens erinnert sie an den Aufbruch zur Freiheit 1848, obwohl diese Tradition durch den Sieg der Gegenrevolution begrenzt blieb und auch in der Erinnerung umkämpft war. Als historisches Monument ermöglicht die Paulskirche zweitens, sich des Zivilisationsbruchs des Nationalsozialismus bewusst zu werden, denn die Form der Ruine wurde durch das Flachdach sichtbar erhalten. Die Architektur des wiederaufgebauten Gebäudes, bescheiden und doch monumental,

verweigert sich der historischen Rekonstruktion und greift im Innenbereich die sachliche, formreduzierte Sprache moderner Architektur auf. In dieser Gestalt des Wiederaufbaus kam die Hoffnung auf eine erneuerte Demokratie ebenso zum Ausdruck wie das Gedenken an die Zerstörungen der Vergangenheit. So wurde die Paulskirche drittens zum Zeichen eines nachdenklichen Neubeginns aus den Ruinen und zum Schauplatz vielfältiger Diskussionen, die das geistige Leben in der Stadt, der Region und im ganzen Land angeregt haben.

Die Paulskirche wurde zum Ort einer kritischen Öffentlichkeit; sie ist auch der Ort, an dem an die Shoah erinnert wurde, wie 1953 bei der Friedenspreisrede des Religionsphilosophen Martin Buber oder 1964 in der Ausstellung „Auschwitz – Bilder und Dokumente“ zeitgleich zum ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess. Der Neubeginn nach der NS-Gewaltherrschaft geschah nicht nur in zeitlicher Nähe, er stand auch im geistigen Austausch mit den demokratiefördernden Weichenstellungen der westlichen Alliierten, den Beratungen über das Grundgesetz sowie der Etablierung und Demokratisierung der jungen Bundesrepublik. Für Frankfurt und ein Publikum weit darüber hinaus wurde die Paulskirche zu einem symbolträchtigen, repräsentativen Ort der Demokratie.

1848 und 1948: Die Paulskirche steht gleichermaßen für diese beiden Daten. Authentisch und wirkungsvoll ist der Bau in der wiederaufgebauten Form trotz der Veränderungen und Überschreibungen, die seit 1948 hinzugekommen sind. Symbolische und nationale Bedeutung verdankt die Paulskirche dem historischen Erbe des Revolutionsjahres 1848. Wie kaum ein anderes Gebäude macht sie die lange, wechselvolle Geschichte der Demokratie in Deutschland erfahrbar – mit ihren Hoffnungen und Enttäuschungen, Erfolgen und Niederlagen, Traditionslinien und Brüchen, Chancen und Gefährdungen.

5. Paulskirche und Haus der Demokratie – eine Einheit

Die Paulskirche benötigt – 175 Jahre nach der Nationalversammlung, 75 Jahre nach dem Wiederaufbau und rund eine Generation nach der bislang letzten Renovierung – eine gründliche Sanierung. Die technischen Baumaßnahmen werden in einer Zeit notwendig, in der auch die Demokratie der Festigung, Erneuerung und Stärkung bedarf. Gegenwärtig häufen sich die Krisenzeichen und der Eindruck, die liberalen Demokratien gerieten – weltweit, aber auch in Deutschland – unter Druck. Äußere Bedrohungen und politische Infragestellungen im Innern, neue Herausforderungen und ungelöste Probleme, Ermüdungserscheinungen und Medienwandel weisen deutlich darauf hin, dass Demokratie nie selbstverständlich ist. Demokratien sind umstrittene und umkämpfte politische Ordnungen, Demokratie ist kein abgeschlossener Prozess, sondern vielmehr ein in die Zukunft weisendes Projekt, das Partizipation und Engagement benötigt. Dies ist die Botschaft der Paulskirche.

Die notwendige technische Renovierung des Gebäudes und der 175. Jahrestag von Revolution und Nationalversammlung sind der geeignete Ausgangspunkt, um der Geschichte der Paulskirche ein neues Kapitel hinzuzufügen. Die Paulskirche steht mit den zeitlichen Knotenpunkten 1848 und 1948 für die Demokratie in Deutschland – mit ihrer wechselvollen Geschichte, ihren Ambivalenzen und, als Ideal und Versprechen, mit ihrem Potential für die Zukunft. Der besondere Standort Frankfurt am Main, der nicht allein an die bürgerschaftliche Tradition der Freien Reichsstadt anknüpft, sondern im 21. Jahrhundert durch Internationalität, Diversität, Pluralität und vielfältige Vernetzungen charakterisiert ist, erlaubt es, Demokratie und Demokratiegeschichte im

Zentrum einer lebendigen Großstadt zu erfahren, zu vermitteln und zu diskutieren. Hier soll zeitgemäß und lebendig, in Verbindung von Emotion und Reflexion, an die Geschichte der Demokratie erinnert werden. Hier soll die offene Auseinandersetzung über Gegenwart und Zukunft ein Zuhause haben.

Die Expertenkommission schlägt daher ein integriertes Gesamtkonzept vor, in dem die auf Grundlage der seit 1948 überlieferten Form fortentwickelte Paulskirche und das neu zu errichtende Haus der Demokratie – bildlich gesprochen – unter einem gemeinsamen Dach stehen. Die beiden Gebäude sind zugleich integral verbunden mit dem öffentlichen sowie dem virtuellen Raum. Das Thema des Gesamtensembles ist die Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Demokratie als Idee und Versprechen, Lebensform und politische Praxis. Zusammen bilden die Paulskirche und das neue Haus der Demokratie einen gemeinsamen Erfahrungsraum der Demokratie, in dem ihre Gefährdungen wie auch ihre Potentiale vergegenwärtigt werden können und Anlass zu neuen politischen Reflexionen und Praktiken bieten. Um die konzeptionelle Einheit von Paulskirche und Haus der Demokratie zum Ausdruck zu bringen, sollen beide Gebäude direkt miteinander verbunden sein und über einen gemeinsamen Zugang vom Paulsplatz aus verfügen.

Am gesamten Standort soll das Thema Demokratie durch vier Leitbegriffe erfahrbar werden: Repräsentation, Information, Diskussion und Partizipation. Diese Leitbegriffe durchziehen das Konzept wie ein roter Faden, allerdings kommen sie an den einzelnen Stationen in unterschiedlichem Ausmaß zum Tragen. Der Große Saal der Paulskirche dient in erster Linie der Repräsentation und Kommunikation, während die Wandelhalle im Sockelgeschoss im Sinne der Information einen Einblick in die Geschichte des historischen Ortes Paulskirche vermittelt. Das

Haus der Demokratie setzt die demokratiehistorische Kontextualisierung der Paulskirche fort und lädt zur Diskussion und Partizipation ein. Die Unterscheidung der beiden Gebäude ist daher nicht im Sinne einer strikten Trennung zu verstehen, zumal sich Repräsentation, Information, Diskussion und Partizipation gegenseitig verstärken. Die Schwerpunkte sollen sich zu einem Ganzen zusammenfügen, inhaltliche und thematische Vielfalt werden zu einer starken Einheit.

6. Paulskirche – Ort der Repräsentation und Information

Die Expertenkommission bekennt sich zum Erhalt der überlieferten Form des Wiederaufbaus von 1948, der aus Entwürfen der Planungsgemeinschaft Paulskirche aus den Jahren 1946–48 hervorging. In dieser symbolträchtigen Gestalt ist die Paulskirche ein Baudenkmal von nationaler Bedeutung. Historisierende Rekonstruktionen älterer, im Zweiten Weltkrieg zerstörter Zustände, die größere, insbesondere physische und dauerhafte Eingriffe in die Substanz erfordern würden, lehnt die Expertenkommission ausdrücklich ab. Für Symbolik, Verständnis und Wirkung der Formensprache des modernen Wiederaufbaus sind im Innern der Paulskirche insbesondere folgende Kernelemente wesentlich: die Gliederung des Gebäudes in ein Sockel- und ein Obergeschoss; die Wandelhalle mit den Säulen und dem Bewegungsmodus des Rundgangs; das Kernoval; der Große Saal mit den Fenstern und die hohe Decke mit den Beleuchtungselementen.

Zugleich empfiehlt die Expertenkommission, die Paulskirche als eindrucksvollen Erinnerungsort der deutschen Demokratiegeschichte zu stärken. Zu diesem Zweck sollen ältere Bau- und Nutzungsphasen, insbesondere Elemente von demokratiehistorischer Bedeutung wie die Tribünen des ursprünglichen Baus, gezeigt werden in methodisch und gestalterisch zeitgemäßer digitaler Form, die ohne bzw. mit geringen physischen Interventionen auskommt. Im 21. Jahrhundert wird dies auch Formen der Immersion und Augmented Reality umfassen.

Baudenkmal von nationaler Bedeutung

Nachdem die Paulskirche infolge eines Luftangriffs am 18. März 1944 bis auf die Grundmauern ausgebrannt war, stellte sich in der Nachkriegszeit die Frage nach der Form des Wiederaufbaus. Darüber, dass die Paulskirche wiederaufgebaut werden sollte, bestand schnell Einigkeit. Die Bedeutung des Gebäudes und die Hoffnung, dass Frankfurt bei einem Wiederaufbau politischer Institutionen möglicherweise erneut ein Parlament beherbergen könnte, gaben Antrieb. Bei einem von der Öffentlichkeit interessiert beobachteten Wettbewerb kristallisierte sich heraus, dass die Paulskirche nicht in der Form wiederhergestellt werden würde, wie sie bis 1944 ausgesehen hatte. Doch auch eine enttrümmerte Ruine sollte sie nicht bleiben. Frankfurt wollte etwas Drittes, eine zeitgemäße Kombination von Alt und Neu als Sinnbild für einen demokratischen Neubeginn auf dem Fundament der demokratischen Tradition sowie im Bewusstsein der Zerstörung und ihrer Ursachen. Dem Grundstein wurde 1947 eine Urkunde beigelegt, auf der es heißt: „Heute beginnen wir mit dem Wiederaufbau der Paulskirche. Sie wurde zerstört, weil wir die sittlichen Gesetze mißachteten.“

Entworfen wurde der Wiederaufbau durch die Planungsgemeinschaft Paulskirche. Zu ihr gehörten der Stadtbaudirektor Eugen Blanck, der Architekt Gottlob Schaupp aus Frankfurt, der Kölner Kirchen- und Städtebauer Rudolf Schwarz sowie Johannes Krahn, ein ehemaliger Mitarbeiter von Schwarz, inzwischen Architekt in Frankfurt. Ihr Konzept und damit die Paulskirche werden bestimmt durch eine schlichte, strenge Nüchternheit, offensichtliche Materialität und bauliche Transparenz. Der Große Saal wirkt durch Decke und Fenster hell. Demgegenüber ist die Wandelhalle im Sockelgeschoss, durch die man den Großen Saal erreicht, dunkel.

Dieser tatsächliche, vor allem aber sinnbildliche Aufgang vom Dunkel-Gedrückten ins Hohe und Helle bestimmt das Symbolkonzept des Wiederaufbaus. Das Gesamtbild ist aufgrund klarer Formen und der Licht-Metaphorik beeindruckend, modern, vor allem aber bescheiden. Insgesamt kommt eine Botschaft von Reue und Demut zum Ausdruck – eine Symbolik, in der sich die Vergangenheit der Paulskirche als protestantische Kirche mit der religiös motivierten Handschrift namentlich von Rudolf Schwarz verband, zumal in der Nachkriegszeit der Sakralbau ein Motor der Architekturmoderne war. Mit dem interpretierenden Wiederaufbau der Paulskirche entstand ein Erinnerungsort an die Nationalversammlung von 1848, der die Erfahrung und das Bewusstsein des Zivilisationsbruchs in sich trägt.

Wandelhalle

Eine markante Veränderung, die den Wiederaufbau von der früheren Paulskirche und dem Sitzungsort der Nationalversammlung unterscheidet, war die Unterteilung des Gebäudes in ein Sockel- und ein Obergeschoss. War man ursprünglich über eine Freitreppe in die Paulskirche hinaufgegangen, betritt man sie seit 1948 ebenerdig durch einen tunnelartigen, engen Torweg. Daran schließt sich eine Wandelhalle an, deren Decke niedrig ist; Lichteinfall und Beleuchtung sind gedämpft. Die Atmosphäre ist dem Raumkonzept entsprechend dunkel, kühl, für manche abweisend. Besucherinnen und Besucher bewegen sich vom Haupteingang aus in einer halbkreisähnlichen Bewegung entlang des Säulengangs, bevor die Treppen hinauf in den Großen Saal erreicht werden.

Für das Sockelgeschoss empfiehlt die Expertenkommission die Entwicklung einer zeitgemäßen, kontinuierlich zu aktualisierenden, objekt-, medien- und textbasierten Dauerausstellung,

in der die Geschichte der Paulskirche und Nationalversammlung in ihrem historischen Kontext sowie mit Blick auf die beteiligten Akteure und die von ihr ausgehenden politischen Entwicklungen präsentiert wird. Eine eigene Sammlung ist hierfür nicht notwendig. Zugleich sollten das Gebäude und seine Geschichte selbst als konstitutiver Bestandteil in die Ausstellung einbezogen werden. Auch die Bau- und Nutzungsgeschichte der Paulskirche sowie die Architektur der Planungsgruppe um Schwarz sind zu erläutern, weil 75 Jahre nach dem Wiederaufbau Symbolik und Formensprache nicht mehr unmittelbar verständlich sind.

In dieser Dauerausstellung, die im Haus der Demokratie eine räumliche und inhaltliche Fortführung finden soll, sind mehrere Zusammenhänge in Beziehung zu setzen: Erstens soll die Nationalversammlung in den Kontext der deutschen und internationalen Demokratiegeschichte seit den Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts eingeordnet werden. Zweitens ist die Paulskirche in der politischen Topographie Frankfurts zu verorten. Drittens gilt es, die Bau- und Architekturgeschichte als Kirchengebäude und die Phasen der religiösen Nutzung zu erläutern, inklusive der sakralen sowie modernen Symbolik der Wiederaufbauarchitektur. Thematische demokratiehistorische Schwerpunkte wären etwa: Grundrechte und Verfassungsentwicklung, der nicht spannungsfreie Zusammenhang von Demokratie und Nationalstaat sowie die gesamteuropäischen und internationalen Bezüge. Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich eine Dynamik entfaltet, die in Polen und der Schweiz begann und über Paris nach Deutschland kam.

Eine Präsentation, die 1848/49 in einer längeren Demokratiegeschichte kontextualisiert, soll nicht den Eindruck eines linearen Geschichtsbildes erwecken, das kontinuierlich auf mehr Demokratie, Fortschritt oder Modernität hinauslief. Eine solche Annahme würde die Gefahr unkritischer

Selbstzufriedenheit bedeuten, und sie wäre historisch unzutreffend. Demokratie wird vielmehr erstritten und etabliert, immer wieder in Frage gestellt und angegriffen; in ihr müssen auch Rückschläge sowie Niederlagen hingenommen werden. Der offene Charakter von Demokratie und die ambivalente deutsche Demokratiegeschichte werden deutlicher, wenn das Fragile, Problematische und Umstrittene offen thematisiert wird.

Bei einer reflektierten Gesamtwürdigung der Nationalversammlung ist es wichtig, Irrtümer sowie aus heutiger Sicht kritisch zu bewertende, nicht traditionswürdige Aspekte zu berücksichtigen. Zu den Schattenseiten gehören etwa die Nichtrepräsentation von Frauen sowie immer wieder auftretende nationalistische Gefühle, die vor expansionistischen Forderungen nicht Halt machten, etwa beim Konflikt mit Dänemark um Schleswig und Holstein oder mit Blick auf das Selbstbestimmungsrecht von Polen und Tschechen. Generell darf das Bild der Nationalversammlung nicht zu harmonisch gezeichnet werden. Wie jedes Parlament war die Paulskirche eine Arena, in der gestritten wurde, und in der revolutionären Situation Mitte des 19. Jahrhunderts hatten die Gegensätze eine besondere Dringlichkeit und Schärfe. Die Frage nach Republik oder Monarchie und die zeitgenössisch deutlichen Unterschiede zwischen Demokraten und Liberal-Konstitutionellen unterstreichen den konflikthaften Charakter politischer Prozesse. Für einfache Identifikationen ist die Konstellation von 1848/49 zu komplex. Dies thematisiert auch das Wandbild „Zug der Abgeordneten“ von Johannes Grützke, das zwischen 1987 und 1991 entstanden ist. In diesem Zusammenhang empfiehlt die Expertenkommission, das Gemälde zu kontextualisieren und zu kommentieren.

Für die Vielfalt von Themen und Zusammenhängen bietet die Wandelhalle nicht ausreichend Platz, zumal sie von ihrer Grundfunktion her ein

Durchgangs-, kein Aufenthaltsraum ist. Insbesondere der Platzbedarf ist bei der weiteren Planung in besonderem Maße zu berücksichtigen. Die Expertenkommission empfiehlt daher, die Ausstellungsfläche über die Wandelhalle hinaus auszuweiten auf den ovalen fensterlosen Innenraum im Zentrum der Wandelhalle und vor allem auf das Haus der Demokratie. Durch die Einbeziehung des Hauses der Demokratie in die Präsentation historisch-politischer Aspekte der Paulskirche wird die Einheit des Standortes gestärkt. Während in der Paulskirche selbst die Architekturgeschichte des Gebäudes und die Nationalversammlung präsentiert werden, kann sich die Ausstellung im Haus der Demokratie auf die Wirkungsgeschichte sowie die europäischen, globalen und aktuellen Aspekte konzentrieren.

Großer Saal

Seit dem Wiederaufbau 1948 wird der Große Saal der Paulskirche als Veranstaltungsort für städtische Anlässe sowie andere größere festliche Formate, Ehrungen sowie Gedenkveranstaltungen genutzt. Zum Revolutionsjubiläum 1948 wurde hier beispielsweise der Goethepreis der Stadt Frankfurt verliehen, seit 1951 der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, seit 1977 der Theodor-W.-Adorno-Preis, seit 1993 der Ludwig-Börne-Preis und seit 2001 der Ignatz-Bubis-Preis. Damit ist die Paulskirche seit langem ein Ort der feierlichen Würdigung und Repräsentation in der und für die Stadt Frankfurt am Main. Dass diese Tradition in Zukunft fortgeführt werden soll, steht außer Frage. Ein Ort der repräsentativen Demokratie ist der Saal aber auch in einer zweiten Hinsicht: als Versammlungsort der Nationalversammlung von 1848. Daran erinnert unter anderem die parlamentarische Sitzordnung im Halbkreis, die damit die Struktur einer protestantischen Idealkirche aufgreift, die sich auf den Ort der Predigt hin orientierte.

Die Expertenkommission hält es für notwendig, die hohe Qualität des Großen Saals als Ort der Repräsentation zu stärken und die Erinnerung an die Nationalversammlung erfahrbar zu machen, ohne dabei in die bauliche Substanz und den Charakter des Saales einzugreifen. Mithilfe von zeitgemäßer Medientechnik können frühere Bauzustände und Nutzungspraktiken sichtbar gemacht werden. Der Kirchenraum vor und nach 1848/49 wird dadurch ebenso sinnlich erfahrbar wie der Sitzungssaal der Nationalversammlung, die Kriegerdenkmalruine wie auch die Zeit seit 1948.

Dabei ist die Vermittlung der ehemaligen Bauzustände nicht allein architektur- und kunsthistorisch, sondern auch demokratiegeschichtlich relevant. Insbesondere gilt das für die Empore, auf deren Rekonstruktion die Planungsgemeinschaft aus Gründen der Raumwirkung verzichtet hat. Die Empore war für die Nationalversammlung zur Zuschauertribüne umfunktioniert worden, auf der bis zu 1.200 Menschen Platz fanden. Dies war mehr als ein Symbol demokratischer Öffentlichkeit. Während der Debatten waren die Plätze meist voll belegt. Es gehörte zur Parlamentskultur der Paulskirche, dass sich das Publikum – darunter auch Frauen, denen das Wahlrecht noch lange vorenthalten blieb – mit Zwischenrufen, Pfiffen und Applaus bemerkbar machte. Da die Tribüne zugleich Faktor der Öffentlichkeit und Ausdruck der Forderung nach Volkssouveränität war, sollte sie durch zeitgemäße Medien visuell, möglicherweise auch akustisch, erfahrbar gemacht werden.

Darüber hinaus empfiehlt die Expertenkommission die weitere Öffnung des Saales hin zu zusätzlichen Formaten der Repräsentation und Partizipation, die insbesondere Elemente gelebter demokratischer Praxis umfassen sollen. Der Große Saal der Paulskirche sollte vielfältigere Veranstaltungen möglich machen als bisher. Neben Gedenkveranstaltungen, Preisverleihungen und anderen festlichen Anlässen bietet er sich

auch für offenere diskursive Formate mit großem Publikum an. Diese Öffnung erfordert unter Beachtung des Denkmalschutzes eine zeitgemäße Anpassung des Großen Saales, seiner Einrichtung und technischen Ausstattung. Eine Flexibilisierung der Bestuhlung kann es ermöglichen, die Sitzordnung passend zum Charakter der jeweiligen Veranstaltung zu gestalten und die Publikumssitze nicht zwingend auf die Sprechstelle auszurichten. Für die flexiblere Nutzung des Saales bedarf es zudem einer Modernisierung der Veranstaltungstechnik. Auch die Möglichkeit der Verdunklung für audiovisuelle Präsentationen ist zu erwägen. Die Anpassung an die Erfordernisse des Brandschutzes, die kürzere Sitzreihen notwendig macht, muss in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden.

Mit Blick auf die Bestandserhaltung und die Anforderungen an eine Flexibilisierung der Nutzungsformate empfiehlt die Expertenkommission, die Bestandteile der Ausstattung des Großen Saals in abgestufter Weise einer Anpassung und Modernisierung zu unterziehen. Als konstitutive Elemente des Großen Saals im Sinne der baulichen Substanz von 1948 werden die Beleuchtung und die Sprechstelle erachtet. Die erst in den 1980er Jahren eingebaute Orgel stellt dagegen in ihrer jetzigen Form keinen originalen Bestandteil der Architektur des Wiederaufbaus dar. Sie verweist zwar – wie das Turmkreuz, die Glocken und der Name Paulskirche – auf die historische Nutzung des Gebäudes als sakraler Ort, doch lässt sich diese symbolische Referenz auch durch eine andere, kleinere Orgel herstellen. Ganz zu entfernen sind nach Auffassung der Expertenkommission die an den Seitenwänden primär aus akustischen Gründen angebrachten Länderfahnen. Symbolpolitisch hinterlassen sie einen zu staatsnahen, gravitätischen Eindruck, zumal die 1848er-Revolution und die nationalparlamentarisch erarbeitete Verfassung gerade in den Einzelstaaten zum Scheitern gebracht wurde.

7. Haus der Demokratie – Ort der Diskussion und Partizipation

Das Haus der Demokratie wird ein Haus der demokratischen Praxis, ein Haus für den Austausch über aktuelle politische Themen, ein Ort für Diskussion und Partizipation. Mehr als im Großen Saal der Paulskirche werden hier Programme unterschiedlichster Art möglich. Das können Diskussionsveranstaltungen, Workshops oder Kunstprojekte sein, Lesungen und Wettbewerbe, Filmfestivals und Fotowerkstätten und andere, noch zu entwickelnde, experimentelle Formate. Dadurch wird das Haus der Demokratie ein lebendiger Ort der Begegnungen, der Kommunikation: Wie auf dem Marktplatz im antiken Athen, bei einem „Town Hall Meeting“ oder anderen Orten der politischen Auseinandersetzung werden hier Gespräche geführt, Ideen ausprobiert, Standpunkte geschärft und Argumente ausgetauscht: über Demokratie, über das Zusammenleben der Menschen, über Entwürfe für morgen.

Dieser Austausch bleibt mit dem demokratiehistorischen Ort Paulskirche verbunden, auch dadurch, dass – wie oben beschrieben – die historische Ausstellung aus der Wandelhalle in Teilen des Hauses der Demokratie fortgesetzt, mit der wirkungsgeschichtlichen Frage nach Grundrechten, Wahlen sowie der Demokratiegeschichte und Nationsbildungsprozessen in anderen Ländern weiterentwickelt und mit Themen der Gegenwart zusammengeführt wird.

Mit der Rückbindung an den historischen Ort Paulskirche öffnet sich das Haus der Demokratie vor allem der Zukunft. Daher kennzeichnet größtmögliche Offenheit sowohl seine Form als auch die Programminhalte. Sie sollen zielgruppengerecht und partizipativ im Sinne der Ko-Kreation mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern

entworfen und durchgeführt werden zu Themen, die zum jeweiligen Zeitpunkt relevant sind und den Menschen auf den Nägeln brennen. Die Botschaft lautet: Demokratie ist ein Prozess, bei dem alle mitgestalten und sich einbringen können.

Ein Haus mit diesen Ansprüchen und Funktionen gibt es in Deutschland bisher nicht. Daher empfiehlt die Expertenkommission für das Haus der Demokratie einen Neubau in unmittelbarer Nähe und mit einer direkten Verbindung zur Paulskirche, um die essentielle inhaltliche und räumliche Einheit der beiden Orte zu schaffen. Durch das Leitmotiv der Diskussion hat das Haus der Demokratie eine unmittelbare Rückbindung zur Geschichte der Paulskirche: Als Parlament stand die Nationalversammlung im Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit, und der Ruf nach Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit gehörte zu den liberalen Kernforderungen des Vormärz. So gehört die politische Rede zum Wesenskern der Paulskirche: Vieles, was hier gesagt wurde – in der Nationalversammlung ebenso wie bei den Reden nach 1948 –, war kühn, visionär, sogar utopisch; anderes war umstritten oder anstößig.

Das Haus der Demokratie hat das Ziel, die offene Nutzung des Gebäudes räumlich zu ermöglichen. Für diese maximale Flexibilität sind Räume nötig, in denen sich bei der inhaltlichen Arbeit unterschiedliche Formate umsetzen lassen. Zu diesem Zweck muss die physische Gestalt der Räume veränderbar sein. Die Expertenkommission empfiehlt für den Neubau des Hauses der Demokratie in seinem Innern eine modulare Anordnung von Räumen unterschiedlicher Größe. Dabei sind auch die technischen Voraussetzungen für diese Flexibilität zu gewährleisten. Trotz der reichen Vielfalt von Museen und Institutionen im Zentrum Frankfurts fehlt in der Stadt zudem ein Raum, der für Veranstaltungen mit 200–250 Personen Platz bietet. Deshalb rät die Expertenkommission, einen solchen Raum im Haus der Demokratie einzurichten.

Schließlich empfiehlt die Expertenkommission, im Haus der Demokratie – zusätzlich zu der Ausstellungsfläche für eine historische Präsentation – ein Labor für demokratische Praxis einzurichten, um die Fragen nach der Bedeutung der 1848er-Revolution auch in anderen Formaten als einer Ausstellung aufzugreifen. Ein solches Labor stellt ein interaktiv nutzbares, medial gut ausgestattetes Experimentierfeld für Vermittlungsangebote sowie für demokratische Praktiken der Diskussion und Mitbestimmung zur Verfügung. Dabei soll das Labor mit zeitgemäßen didaktischen Mitteln Themen aus der Geschichte der Paulskirche aufgreifen und – durchaus in Form permanenter Elemente – in die Zukunft transportieren, zur Diskussion anregen und zur Auseinandersetzung provozieren. Damit geht es um grundsätzliche politische Fragen, die sich immer wieder stellen – seit 1848, heute und in Zukunft. Mögliche Themen wären: Wahlen und Wahlrecht, Grundrechte, das Verhältnis von Demokratie und Nationalstaat, Europäisierung und Globalisierung, Populismus, Politikverdrossenheit, die Kritik an und das Resentiment gegen Parlamentarismus und politische Parteien sowie generell die Frage, was demokratische Gesellschaften auszeichnet, zusammenhält oder gefährdet.

Um diese hochgesteckten Ziele erreichen zu können und Zukunftsdebatten einen offenen Raum zu geben, hält die Expertenkommission einen Neubau des Hauses der Demokratie nicht nur für unbedingt notwendig, sondern sie regt auch einen symbolisch repräsentativen Entwurf im Sinne einer „Signature Architecture“ an. Aus Sicht der Expertenkommission bietet sich der Paulsplatz als Standort für das Haus der Demokratie in unmittelbarer Nähe zur Paulskirche an.

Öffentlichkeit ist konstitutiv für die Demokratie, und beim Wiederaufbau 1948 setzte die Planungsgemeinschaft ein Zeichen demokratischen Bauens. Der Neubau eines Hauses der Demokratie ermöglicht es heute, diese Fragen in den Stadtraum hinein zu öffnen und umgekehrt die Öffentlichkeit in das neue Ensemble nicht nur einzuladen, sondern hineinzuführen. Der Neubau in zentraler Innenstadtlage soll gestalterisch die Botschaft der Offenheit ausstrahlen. Um an diesem für Frankfurt, die Region Rhein-Main, das Land Hessen und die Bundesrepublik Deutschland so herausragenden Standort eine gleichfalls herausragende Lösung zu finden, empfiehlt die Expertenkommission, einen internationalen und hochrangigen Wettbewerb zur städtebaulichen Entwicklung und zum Entwurf des Hauses der Demokratie durchzuführen.

Die Expertenkommission ist sich bewusst, dass ein Neubau den Charakter des Paulsplatzes verändern wird. Um diese Konsequenz abzumildern, sollten die bestehende Nutzung des öffentlichen Raums sowie die Aufenthaltsqualität bei der Planung des Gebäudes und seiner Eingangssituation mit großer Aufmerksamkeit bedacht werden. Abgerundet werden soll die teilweise Neugestaltung des Paulsplatzes durch einen eingeladenen Kunstwettbewerb im öffentlichen Raum zum Thema „Zukunft der Demokratie“.

Die Verbindung von Stadtraum und Haus der Demokratie soll durch einen niedrigschwelligen Zugang erfahrbar werden. Eingriffe werden behutsam und unter Einhaltung höchster Ansprüche nachhaltigen Bauens durchgeführt. Um den Neubau ausschließlich für Besucherinnen und Besucher, Veranstaltungen und Öffentlichkeit zu nutzen und den Platzbedarf auf das unbedingt

Erforderliche zu beschränken, können Büros und weitere Räume mit dienender Funktion in der Nachbarschaft untergebracht werden.

Zudem hält die Expertenkommission es für ebenso sinnvoll wie notwendig, die konzeptionelle Einheit von Paulskirche und Haus der Demokratie baulich durch einen gemeinsamen Eingang herzustellen. Im Alltagsbetrieb soll der Zugang zur Paulskirche über diesen gemeinsamen Eingang erfolgen. Bei Veranstaltungen, die Publikum im Großen Saal versammeln, soll ein zusätzlicher Eingang in die Paulskirche möglich sein.

Für den städtebaulichen Wettbewerb verzichtet die Expertenkommission bewusst auf allzu detaillierte Vorgaben zur Raumgestaltung, um kreative, zukunftsweisende und unkonventionelle Ideen und Gestaltungsentwürfe anzuregen. Als Rahmen definiert sie folgende Eckpunkte und Mindestanforderungen:

Haus der Demokratie, Hauptnutzungsfläche insgesamt:	ca. 4.000 m ²
davon für eine historische Präsentation	ca. 750 m ²
davon für ein Labor	ca. 500 m ²
davon für flexibel nutzbare Programmflächen	ca. 750 m ²
davon für Veranstaltungen, Workshops etc.	ca. 750 m ²
davon für Bibliothek, Aufenthaltsräume etc.	ca. 500 m ²
davon für Infrastruktur und Verkehrsflächen	ca. 750 m ²

Eine flexibel nutzbare Fläche für Programme und Veranstaltungen von zweimal 750 m² ermöglicht nicht nur eine große Vielfalt bei der

Programmgestaltung, sondern erhöht darüber hinaus die Anzahl der möglichen Veranstaltungen durch gleichzeitigen Auf- und Abbau. Ferner wird die Einrichtung eines Medienzentrums/ einer Bibliothek im Haus der Demokratie vorgeschlagen, das den Besucherinnen und Besuchern vertiefende Informationen über die Paulskirche, die Demokratie sowie aktuelle Themen anbietet. Eigene Publikationen, nicht zuletzt im Internet, können diese Angebote ergänzen.

Schließlich ist das Haus der Demokratie gedacht als ein Ort, der verbindet. Angestrebt wird deshalb eine enge Vernetzung sowohl mit Akteuren und Angeboten der historischen und politischen Bildung in Frankfurt am Main als auch im Umfeld von deutschen und internationalen inhaltlich-thematisch verwandten Institutionen.

8. Virtueller Raum – Vernetzung und Erweiterung

Die Ereignisse von 1848 waren auch eine Medienrevolution. Nachdem die vormärzliche Zensur überwunden war, entstand eine intensive Debatte: in Zeitungen, Büchern und Leseclubs, Karikaturen und Flugblättern, Liedern und Gedichten. Die Verhandlungen in der Paulskirche waren über Monate das wichtigste Thema der öffentlichen Aufmerksamkeit, sogar Sitzungsprotokolle aus der Nationalversammlung fanden reißenden Absatz.

Die Gegenwart befindet sich ebenfalls in einem dynamischen Medienwandel, dessen weitere Entwicklung schwer zu prognostizieren ist. Das Internet und die Digitalisierung verändern die Art und Weise, wie die Menschen miteinander sprechen, wie sie in Kontakt kommen und wie sie einen historischen Ort besuchen. Nicht zuletzt verändern die digitalen Medien Öffentlichkeit und Demokratie.

In diesem Kontext versteht die Expertenkommission das Digitale als einen eigenen gleichberechtigten Raum neben der Paulskirche und dem Haus der Demokratie. Mit der programmatischen Verbindung des Analogenen mit dem Digitalen können das Gebäude der Paulskirche und ihre verschiedenen Zeitschichten in einem virtuellen Rundgang erfahrbar werden – sieben Tage die Woche, 24 Stunden am Tag und prinzipiell überall auf der Welt. Auch die Dauerausstellung kann nicht nur vor Ort angeschaut werden, sondern man kann sie im Internet aufsuchen, zur Vertiefung nach einem Ortsbesuch oder vor der Fahrt nach Frankfurt. Für die Diskussionen im Haus der Demokratie sind digitale und hybride Veranstaltungen selbstverständlich. Als zukunftsorientiertes Haus soll es weitere digitale Angebote

entwerfen, etwa Toolboxen für Schulklassen. Die Paulskirche und das Haus der Demokratie sind offen für innovative, insbesondere partizipative digitale Formate. Das gilt insbesondere auch für die Vernetzung mit inhaltlich-thematisch verwandten Institutionen im In- und Ausland.

Zugleich stellt das Digitale demokratische Politik vor eine Reihe neuer Herausforderungen. Im neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit erscheint auch die digitale Welt als ein Ort, an dem die Demokratie bedroht ist und unter Druck steht. Die Digitalisierung transformiert die Art und Weise des Redens, des Wählens, der Demokratie, und teilweise bedroht sie ihre Qualität. Als Stichworte nur erwähnt seien: „Hate Speech“ und „Fake News“, Datenüberwachung und gigantische Technologieunternehmen.

Vor diesem Hintergrund hält die Expertenkommission es für unerlässlich, das Digitale selbst zum Gegenstand der inhaltlichen Arbeit zu machen. Das bedeutet, dass Paulskirche und Haus der Demokratie nicht nur eine angemessene mediale Vermittlung von Wissen und Information zu diesen Orten anbieten sollten. Die Nutzung digitaler und sozialer Medien sollte darüber hinaus selbst als Gegenstand und Praxis in Bezug auf demokratische Prozesse reflektiert werden. Virtuelle Räume und digitale Medien sollen somit als methodisch-didaktisches Instrument für diskursive Veranstaltungsformate sowie als ein Mittel der Programmgestaltung einbezogen werden, ihre negativen Wirkungen kritisch analysiert und ihr demokratisches Potential zugleich praktisch erprobt werden. Im Sinne demokratischer Kommunikation gilt es nicht nur, Distanzen zu überwinden, was eines der Versprechen des Internets war und ist, sondern auch „Filterblasen“ oder „Echokammern“ aufzubrechen und beispielsweise für Fragen der Privatsphäre und des verantwortlichen Umgangs mit Daten zu sensibilisieren.

Daher hält die Expertenkommission es für sinnvoll, die Paulskirche und das Haus der Demokratie im digitalen Raum nicht erst dann zugänglich zu machen, wenn die Bauarbeiten vor Ort abgeschlossen sind. Vielmehr sollen die Online-Angebote sowie die Netzwerkarbeit mit weiteren Akteuren im In- und Ausland so bald wie möglich beginnen.

9. Organisationsform

Die Expertenkommission empfiehlt die Gründung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung, die von der Stadt Frankfurt am Main, dem Land Hessen sowie der Bundesrepublik Deutschland getragen wird und ihren Sitz in Frankfurt haben soll. Diese Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Die Stiftung sollte vier Organe haben:

- (1) Stiftungsrat
- (2) Direktion
- (3) Wissenschaftlicher Beirat
- (4) Arbeitskreis gesellschaftlicher Gruppen

Die Direktion soll die laufenden Geschäfte führen, der Stiftungsrat alle grundsätzlichen Entscheidungen inhaltlicher, finanzieller und personeller Art beschließen. Bei ihrer Arbeit werden sie vom Wissenschaftlichen Beirat und dem Arbeitskreis gesellschaftlicher Gruppen beraten.

Für die weitere Erörterung in den zuständigen Gremien vor der Realisierung und für die Begleitung der erforderlichen politischen Beschlüsse hält die Expertenkommission es für sinnvoll, dass ein qualifizierter Stab den städtebaulichen Wettbewerb sowie den institutionellen Aufbau der öffentlich-rechtlichen Stiftung unterstützt. Zu diesem Zweck erklärt die Expertenkommission ihre Bereitschaft, als wissenschaftliches Beratungsgremium bis zur Gründung einer Stiftung zur Verfügung zu stehen.

10. Finanzielle und personelle Ausstattung

Ein vielfältiges, anspruchsvolles Angebot in der Paulskirche, im Haus der Demokratie und im digitalen Raum braucht als Fundament eine solide finanzielle und personelle Ausstattung. Neben einer Leitung und den für die Arbeitsfähigkeit unerlässlichen Stellen für Verwaltung, Haus- und Informationstechnik zählen insbesondere Aufgaben in den Bereichen Programme/Veranstaltungen, Ausstellung und Kommunikation/Vermittlung zur personellen Grundausrüstung.

Dabei ist nach Überzeugung der Expertenkommission die Entwicklung und Pflege inhaltlicher innovativer digitaler Vermittlungs- und Partizipationsformate von herausragender Bedeutung und nicht identisch mit Tätigkeiten etwa in der Öffentlichkeitsarbeit. Da zudem Fakten und deren wissenschaftliche Erforschung die Grundlagen für eine informierte, zeitgemäße Auseinandersetzung mit Demokratie und Gesellschaft bieten, hält die Expertenkommission darüber hinaus die Vernetzung mit anderen universitären und außeruniversitären Institutionen, beispielsweise Museen und der historisch-politischen Bildung, für notwendig. Um alle Angebote immer zeitgemäß zu halten und beständig weiterzuentwickeln, sind im Personalplan auch Stellen für wissenschaftliche Forschung vorzusehen, um beispielsweise auf dem Gebiet der geschichts- und politikwissenschaftlichen Demokratieforschung sowie der museal-didaktischen Methodik eine weithin wahrnehmbare Institution zu schaffen.

In der Summe empfiehlt die Expertenkommission eine personelle Grundausrüstung von ca. 30 angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Paulskirche, Haus der Demokratie und digitalen Raum:

- Leitung und Assistenz: 3
- Verwaltung, Haus- und Informationstechnik: 6
- Ausstellung: 4
- Forschung und Medien/Bibliothek: 3
- Programme und Veranstaltungen: 8
- Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit: 6

Unabdingbare Voraussetzung für Etablierung und Erfolg des Gesamtvorhabens Paulskirche und Haus der Demokratie ist nach fester Überzeugung der Expertenkommission die kontinuierliche Finanzierung der gesamten Einrichtung. Nicht allein die Sanierung der Paulskirche und der Neubau eines Hauses der Demokratie werden Finanzmittel erfordern, sondern auch der Dauerbetrieb und die ständige Fortentwicklung der Angebote sowie der Infrastruktur.

Da inhaltliche Programme im digitalen Raum und die konzeptionelle Entwicklung für das Haus der Demokratie bereits vor Abschluss der Bauarbeiten möglich sind, empfiehlt die Expertenkommission die Besetzung des Leitungsteams sowie der für die Fundamentierung des Vorhabens zentralen Stellen mit dem Zeitpunkt der Gründung der Stiftung.

Gezeichnet von

Volker Kauder (Vorsitzender)

Dr. Evelyn Brockhoff

Prof. Dr. Rainer Forst

Prof. Dr. Dominik Geppert

Prof. Dr. Markus Harzenetter

Prof. Dr. Hans Walter Hütter

Dr. Constanze Itzel

Dr. Achim Knecht

Dr. Ulrike Lorenz

Prof. Dr. Susanne Popp

Peter Cachola Schmal

Prof. Dr. Mirjam Wenzel

Anlage: Arbeitsauftrag und Rahmenbedingungen der Expertenkommission Paulskirche (Eckpunktepapier)

Die Paulskirche in Frankfurt am Main ist ein herausragendes Symbol der deutschen Demokratiegeschichte. Die Beratungen des ersten gesamtdeutschen Parlaments, das hier 1848/49 über eine freiheitliche Verfassung mit Grundrechten und die Bildung eines deutschen Nationalstaates diskutierte, machen sie ohne jeden Zweifel zu einem nationalen Schlüsselort im Ringen um Freiheit und Demokratie. Die Paulskirche wurde zur Hundertjahrfeier des ersten deutschen Parlaments 1948 wiedereröffnet und ist seitdem lebendiger Ausgangspunkt zahlreicher Debatten, die das geistige Leben der Bundesrepublik Deutschland beeinflusst haben. Die Paulskirche ist Denkmal der deutschen Demokratie von 1848/49, ihres Scheiterns und des demokratischen Neuanfangs von 1948/49. Sie soll im besten Sinne ein breitenwirksames Spiegelbild gelebter Demokratie darstellen.

Die ambitionierten Pläne für die Zukunft der Paulskirche als einem nationalen Erinnerungs-, Gedenk- und Lernort werden in enger Zusammenarbeit zwischen der Stadt Frankfurt, dem Land Hessen und dem Bund (BKM) realisiert. Dabei soll die unerlässliche bauliche Sanierung des Gebäudes mit einer Stärkung seiner erinnerungspolitischen Bedeutung einhergehen, für die Fragen historisch-politischer Bildung und musealer Gestaltung sowie architektonische bzw. denkmalpflegerische Erwägungen gleichermaßen von Bedeutung sind. Insbesondere ist vorgesehen, der Paulskirche als Gedenkort in unmittelbarer Nähe ein „Haus der Demokratie“ als zeitgemäßen Kommunikations- und Reflexionsort an die Seite zu stellen.

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es der Einbeziehung umfassender und vielschichtiger Expertise. Daher berät eine Kommission aus deutschland- und europaweit vernetzten Fachleuten das Projekt in fachlicher und museal-didaktischer Hinsicht und erarbeitet inhaltliche Prämissen sowie konzeptionelle Eckpfeiler. Angestrebt wird, bis Ende 2022 einen konkreten Umsetzungsvorschlag vorzulegen, bevor sich der Zusammentritt des Parlaments in der Paulskirche 2023 zum 175. Mal jährt. Auf dieser Basis sind dann die weiteren Schritte (zum Beispiel Architektenwettbewerb) zu entwickeln.

Die Expertenkommission ist inhaltlich und organisatorisch autonom. Die Kommission entscheidet selbst, welche zusätzlichen Fachleute sie in ihre Arbeit punktuell einbeziehen will. Es steht ihr frei, auch von bisherigen Beschlüssen abweichende Ideen zu entwickeln. Als Grundlage für ihre Arbeit erhält sie von Stadt, Land und Bund alle relevanten Materialien, insbesondere die bisherigen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats zum Umgang mit der Paulskirche sowie Gutachten und Bestandsaufnahmen zum baulichen Zustand. Die in dem von der Stadt Frankfurt zum „Haus der Demokratie“ initiierten Bürgerdialog erarbeiteten Inhalte und Vorschläge werden der Expertenkommission zur Verfügung gestellt und einbezogen.

Der Vorsitzende der Expertenkommission, der Mitglied des Steuerungsgremiums von Stadt, Land und Bund ist, berichtet dort regelmäßig über den Stand des zu erarbeitenden Konzeptes.

Der Expertenkommission wird eine angemessene personelle Unterstützung für wissenschaftliche Zuarbeit und Organisation zur Verfügung gestellt. Ein Honorar für die Mitwirkung in der Kommission wird nicht gewährt. Auslagenersatz wird gemäß Bundesreisekostengesetz gewährt. Tagungsort ist Frankfurt/Main, auf Räumlichkeiten der Stadt Frankfurt kann zurückgegriffen werden.

